Tageblatt für Politik,
Unterhaltung, Geschäftsverkehr,
Börsenbericht, Fremdenliste.
Bezugsgebühr vierteljährlich M. 2.50
durch die Post M. 2.75, im Ausland
mit entsprechendem Postaufschlag.
Annahme von Ankündigungen:
Marienstr. 38, Vorm. 8–3 Uhr Nachm.
Sonntags v. Vorm. 11–1 Uhr Mittags.
In Neustadt: Gr. Klosterg. 5 nur an
Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags.
Die 1spaltige Grundzeile
(ungefähr 8 Silben) 15 Pfg., für Montags oder nach Feiertagen 20 Pfg.
Unterm Strich (Eingesandt) Zeile 40 Pfg.
Ankündigungen auf der Privatseite
Zeile 20 Pfg.
Auswärtige Aufträge nur gegen
Vorausbezahlung.
Ankündigungen nehmen sämmtliche
namhafte Vermittelungsstellen an.
Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

38. Jahrgang.
Aufl. 56,000 Stück.

Dresden, 1893.

Buchbinderei für Massenproduction u. Privatarbeit.
Anfertigung einfachster wie elegantester Bände. Lederarbeiten etc.
Liniiranstalt und Accidenzbuchdruckerei.
Schnellste Lieferung. Sauberste Ausführung. Billigste Preise.
König-Johannstr. 15. **G. H. Rehfeld & Sohn.** Hauptstr. 21.

Photographische Apparate für Amateure.
Preislisten **gratis** und franco.
Carl Plaul,
Dresden, Wallstrasse 25.
Fernspr.-Amt I, No. 147.

Zum Einkochen von **Gemüsen** und **Früchten** empfehlen
Schiller's Conserve-Büchsen
(deutsches R.-P. Nr. 9689).
Wilh. Rihl & Sohn. Königl. Hofl.,
Neumarkt 11. Fernsprechstelle **1119.**

Dresdner Champagner-Fabrik
Kasernenstr. 31 empfiehlt ihre sämmtlichen Marken: **Kasernenstr. 31**
Silber 200 Pfg. **Cabinet 300 Pfg.**
Gold 250 „ **Monopol 400 „**
Ganz nach franz. Art gearbeitet und guten franz. Marken gleich.

Oscar Renner, Dresden
Brauerei-Vertretungen:
Spatenbräu-München, Bürgerlich-Pilsner,
I. Culmbacher.

Hochelegante Neuheiten in soliden deutschen u. englischen Anzugs- u. Ueberzieher-Stoffen
empfiehlt in grossartigster Auswahl billigst **C. H. Hesse, 20 Marienstrasse 20** („Drei Raben").

Nr. 281. Spiegel: Reichssteuerreform. Hofnachrichten. Königsjubiläum. Wurzener Luthererfestspiele. Einbrüche. Gerichtsverhandlungen. Tagesgeschichte. Verein der Kunstfreunde. Börsen-Wochenbericht. **Sonntag, 8. October.**

Politisches.

Selten wohl seit dem Bestehen des Deutschen Reiches dürften die verbündeten Regierungen und der Reichstag vor die Lösung so schwieriger wirthschaftlicher und steuerpolitischer Aufgaben gestellt worden sein, wie sie die bevorstehende Tagung des deutschen Parlaments in Aussicht stellt. Es sind Fragen von einschneidender Tragweite, die der Bundesrath und unmittelbar nach diesem die Vertretung des deutschen Volkes mit unabweislicher Nothwendigkeit zu beantworten haben werden. Die Reichssteuerfragen, welche in Folge der Annahme der Militärvorlage in diesem Winter zur Erledigung gebracht werden müssen, werden vielleicht noch größere Schwierigkeiten bieten, als die Bewilligung der Heeresreform seitens des Reichstages gekostet hat. Eine Hauptschwierigkeit liegt in der ungünstigen Finanzlage, in der sich das Reich wie die Mehrzahl der Einzelstaaten befinden. Aller Voraussicht nach werden die Voranschläge zum Reichshaushalts-Etat ein bedeutendes Defizit aufweisen. Auch der Etat Preußens wird nach zuverlässigen offiziösen Mittheilungen trotz großer Ersparnisse auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens mit einem erheblichen Defizit abschließen. Angesichts dieser wenig glänzenden finanziellen Verhältnisse erschien es von vornherein ausgeschlossen, die neuen Militärkosten dauernd durch die Einzelstaaten, durch Erhöhung der Matrikularbeiträge, decken zu lassen. Preußen zahlt bereits für 1893/94 fast 211 Millionen an das Reich, 23 Millionen mehr als im Vorjahre. Die schönen Tage, wo das finanzielle Verhältniß des Reiches zu den Einzelstaaten sich so gestaltete, daß diese regelmäßig Ueberschüsse der Ueberweisungen über die Matrikularbeiträge erhielten, sind vorüber.

Eine recht harte Nuß wird zunächst der Bundesrath zu knacken haben, dem in nächster Zeit die Reichssteuervorlagen zur Beschlußfassung zugehen werden. Bisher war man gewohnt, daß diese gesetzgebende Körperschaft die ihr zugehenden Vorlagen ohne schwerwiegende Meinungsverschiedenheiten und erheblichen Widerspruch glatt und ohne wesentliche Abänderungen erledigte. Bei den schwebenden Steuervorlagen dürfte den Bundesrath seine bisherige sanftmüthige, widerspruchslose Denkungsart in Stich lassen. Schon jetzt, bevor noch die Finanzprojekte das Reichsschatzamt verlassen haben, erscheint es zweifelhaft, ob die Miquel-Posadowsky'schen Vorschläge die Zustimmung sämmtlicher Bundesregierungen finden werden. Bei einzelnen Regierungen machen sich bereits der projektirten Wein- und Tabaksteuer gegenüber Widerstände bemerkenswerth, welche die Interessengegensätze, die in diesen Steuerfragen zwischen dem Norden und Süden unseres Vaterlandes bestehen, wiederspiegeln. Aber selbst wenn auch der Bundesrath schließlich mit oder ohne große Aenderungen den geplanten Steuergesetzentwürfen seine Zustimmung ertheilen sollte, so werden sie im Reichstage zweifellos auf einen sehr nachhaltigen Widerstand stoßen. Hierauf läßt die scharfe und meist abfällige Kritik schließen, welche die Tabakfabrikat- wie die Weinsteuer fast allenthalben gefunden hat. Soweit sich bis jetzt aus der Presse die Haltung der einzelnen Parteien zu diesen Steuerprojekten übersehen läßt, überwiegt die Abneigung bei Weitem die Zustimmung. In der Hauptsache werden sich die verbündeten Regierungen bei der Durchbringung ihrer Finanzpläne auf dieselbe Mehrheit stützen müssen, welche nach der Reichstagsauflösung die Heeresvorlage annahm. Noch mehr aber, als bei der letzteren der Fall war, wird das Schicksal der Steuervorlagen von dem Verhalten der kleineren Parteigruppen, der Polen, der Reformer und der freisinnigen Vereinigung, abhängen. Der Weinsteuer werden außer den Süddeutschen auch die Abgeordneten der Rheinprovinz und alle Diejenigen Widerstand entgegensetzen, die gesonnen sind, unbeugsam daran festzuhalten, daß bei den neuen Steuerlasten die schwächeren Schultern zu schonen sind. Zu den Gegnern der Tabakfabrikatsteuer hat sich andererseits ein Theil der preußischen Konservativen gesellt. Bezeichnend ist die Stellungnahme der „Kreuzztg.". Diese führte kürzlich unter sehr scharfen Ausfällen gegen den „polternden Partikularismus" und die „bedenklich anwachsende Anmaßlichkeit" der Süddeutschen, von der die Reichsregierung sich allzuleicht Zugeständnisse abnöthigen lasse, aus, daß die Tabakfabrikatsteuer einen starken Rückgang im Verbrauch der billigen Cigarren aus fremdem Tabak und damit große Arbeitslosigkeit zur Folge haben werde, unter der wesentlich Preußen schwer zu leiden haben dürfte, während Süddeutschland die Anfertigung auch der 5- und 6 Pfennig-Cigarren aus Pfälzer Tabak zufallen würde. Diese ungleiche Vertheilung der Lasten sei eine das Rechtsgefühl des preußischen Volkes verletzende, seine Anhänglichkeit an das Reich schwer beeinträchtigende offenbare Ungerechtigkeit. Das Blatt spricht daher die bestimmte Erwartung aus, daß der Reichstag die Tabakfabrikatsteuer ablehnen werde, und wünscht statt dessen die Weinsteuer und eine höhere Biersteuer; diese würden der Gerechtigkeit durchaus entsprechen, da der Branntwein, den nur der arme Mann trinke — und meist nur in Norddeutschland — schon so hoch besteuert sei. Man ersieht hieraus, wie die schwer zu überwindenden Interessengegensätze zu ganz entgegengesetzten Anschauungen und Urtheilen führen und mit welchen Schwierigkeiten Miquel zu kämpfen haben wird, um eine Mehrheit für seine Projekte, soweit sie wenigstens die Besteuerung des Tabaks und des Weines betreffen, zu Stande zu bringen.

Auffallend ist es, daß bisher über die Grundzüge der projektirten Börsensteuer, durch welche nach der Ansicht der Mehrheit des deutschen Volkes die Hauptlast der Militärvorlage aufgebracht werden soll und für welche eine große Reichstagsmehrheit gesichert erscheint, noch nicht die geringsten Andeutungen in die Oeffentlichkeit gelangt sind. Es wäre taktisch richtiger gewesen, bevor der Schleier von den wenig populären Wein- und Tabaksteuerprojekten gezogen wurde, die Vorschläge bekannt zu geben, nach denen die Börse zu den erhöhten Militärlasten herangezogen werden soll. Die amtliche Zurückhaltung bezüglich der Börsensteuer ist um so bedauerlicher, als sie nur dazu beitragen kann, in weiten nationalgesinnten Bevölkerungsschichten Mißtrauen den Steuerplänen der Regierung gegenüber zu säen und die lebhafte Beunruhigung, die in den Kreisen der Tabak- und Weininteressenten erweckt worden ist, durch die Befürchtung noch zu erhöhen, daß in erster Linie sie, die produktiven Stände, und nicht die Börse bluten sollen. Der ganzen Reichssteuerreform würde man im deutschen Volke mit weit größeren Sympathieen, als es gegenwärtig der Fall ist, entgegensehen, wenn man es für gut befunden hätte, durch rechtzeitige Veröffentlichung des Börsensteuerprojektes die Ueberzeugung zu festigen, daß die Regierung ernstlich gewillt ist, ihr Versprechen, in der Hauptsache die Börse heranzuziehen, einzulösen.

Mehr Zustimmung als die beiden Steuervorlagen, deren Grundzüge in den letzten Tagen veröffentlicht worden sind, verdient der Finanzplan, durch welchen eine feste Regelung der finanziellen Beziehungen zwischen dem Reiche und den Einzelstaaten angebahnt werden soll. Dieser Plan hat zum ersten Male eine offizielle Darlegung durch den bayrischen Finanzminister von Riedel erfahren, der in der bayrischen Abgeordnetenkammer bei der Begründung des nächstjährigen Haushaltsetats die Grundlagen der Reichsfinanzreform skizzirte. Drei Punkte hat Herr von Riedel hervorgehoben: Das Reich soll künftig seinen finanziellen Bedarf durch eigene Einnahmen decken und zu diesem Zwecke auf indirekte Steuern beschränkt sein. Ferner soll den Einzelstaaten ein ziffernmäßig begrenzter Antheil an den aus den Zöllen und den indirekten Steuern fließenden Einnahmen über ihre Matrikularbeiträge hinaus gesichert werden. Drittens wird beabsichtigt, die Tilgung der so erheblich herangewachsenen Reichsschulden möglichst bald in Angriff zu nehmen. Damit bestätigt sich, daß eine grundsätzliche Reform der Reichsfinanzen in dem Sinne in Aussicht genommen wird, daß eine bessere Absonderung der Einnahmen des Reichs und der Einzelstaaten erfolgt, die bisher abwechselnd bei einander als Kostgänger erschienen und sich gegenseitig, Dank der Franckenstein'schen Klausel, die Finanzen verwirrten. Daraus, daß die Mehrausgaben des Reiches lediglich auf dem Wege indirekter Steuern gedeckt werden, folgt, daß insbesondere das Projekt einer Reichseinkommensteuer, welches in der letzten Reichstagswahlbewegung eine Rolle spielte, nicht in Frage kommen kann. Herr v. Riedel betonte in seiner Budgetrede, daß die geplanten Maßnahmen im Interesse des Reiches und der Einzelstaaten absolut unvermeidlich seien. Dieser Auffassung werden alle Diejenigen beipflichten müssen, welche mit dem bayrischen Finanzminister der Ansicht sind, daß gute Finanzen eine Hauptsäule der staatlichen Existenz und der öffentlichen Wohlfahrt bilden. Und diese Auffassung wird sich trotz der großen Mittel, welche die Durchführung des Reichsfinanzplanes fordern wird, um so eher im Volke und in dessen parlamentarischer Vertretung Bahn brechen, je mehr die Ueberzeugung an Boden gewinnt, daß die minderbemittelten Klassen und die Produktivstände unserer Nation möglichst geschont und womöglich sogar entlastet werden.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 7. October.

Berlin. Der Kaiser trifft am Montag Vormittag aus Rominten auf Jagdschloß Hubertusstock ein, wo er mit der Kaiserin, die sich Montag früh von Potsdam dorthin begiebt, zusammentrifft. — Prinz Heinrich hat einen sechs- bis achtwöchentlichen Urlaub angetreten, den er größtentheils am Hofe seines Schwiegervaters in Darmstadt verbringt, wo seine Gemahlin seit einigen Tagen weilt. Vorher besucht der Prinz die Kaiserin in Homburg. — Der kommandirende General des 3. Armeekorps General v. Versen, Generaladjutant des Kaisers, ist heute Nachmittag gestorben. — Die Redaktions-Kommission für die Beschlußberichte der Börsen-Enquete-Kommission hat am Freitag ihre Arbeit beendet. Zur endgiltigen Feststellung des Berichts tritt das Plenum der Kommission am 10. November zusammen. — Das Kaiserl. Gesundheitsamt macht folgende Cholerafälle bekannt: In Kiel wurde von dem schwedischen Dampfer „Hialmar", welcher am 6. d. M. von Petersburg eingetroffen war und 2 Personen während der Reise an Cholera verloren hatte, ein Erkrankter in die Baracke aufgenommen; in Stettin eine Erkrankung; in Altdamm ein tödtlich verlaufener Cholerafall, von Stettin eingeschleppt. — Der deutsche Gewerbekammertag tritt vom 12. bis 14. Oktober in Eisenach zusammen, um zu den Vorschlägen des preußischen Handelsministers über die Organisation des Handwerks und die Regelung des Lehrlingswesens Stellung zu nehmen. — Großes Aufsehen erregt in Berlin folgender Vorfall: Ein Generalmajor a. D. von Kirchhoff hat auf den verantwortlichen Redakteur des „Berl. Tagebl.", Harich, in dessen Wohnung geschossen und sich dann der Polizei gestellt, die ihn auf sein Verlangen der Kommandantur zuführte. Ein sozialdemokratisches Blatt in Brandenburg hatte gemeldet, daß die Tochter eines dortigen höheren Offiziers aus dem Elternhause verschwunden, zugleich aber auch der Bursche in seine Kompagnie zurückversetzt worden sei. Das „Berl. Tagebl." hat diese Notiz abgedruckt und war deswegen verklagt worden. Der Redakteur des brandenburgischen sozialdemokratischen Blattes wurde zu einer Gefängnißstrafe, Harich zu einer Geldstrafe von 1000 M. verurtheilt. Harich hatte sich erboten, den Wahrheitsbeweis anzutreten, was indeß vom Gerichtshof als unerheblich abgelehnt worden war. Heute erschien nun Generalmajor v. Kirchhoff, der in jener Notiz gemeint war, in der Wohnung Harichs und verlangte, indem er diesem einen Revolver auf die Brust setzte, eine schriftliche Erklärung dahin, daß er, Harich, ein ganz gemeiner Schuft sei. Harich lehnte ab. Der General drückte los. Harich schwankte, worauf der General mit der Erklärung, daß er sich selbst der Polizei stellen werde, das Zimmer verließ. Harich ist indeß nicht verletzt: die Kugel ist abgeprallt; wahrscheinlich ist sie auf einen harten Gegenstand auf der Brust angetroffen; sie wurde später im Zimmer vorgefunden. (In der neuesten preußischen Rangliste ist kein General Namens Kirchhoff verzeichnet. Offenbar handelt es sich hier um den Generalmajor z. D. Kirchhof, welcher vor mehreren Jahren als Oberst das Infanterie-Regiment Nr. 129 in Inowrazlaw kommandirte. Bedauerlich ist es, daß der wahre Missethäter nicht in der Person Harichs getroffen sein dürfte, da dieser nur die Funktionen eines sog. Sitzredakteurs bei dem „Berl. Tagebl." versieht. D. R.) — Große Erregung ruft ferner ein räthselhafter Vorfall in der Forststraße hervor, wo heute früh zwei Offiziersburschen, anscheinend vergiftet, in ihren Betten von ihren Vorgesetzten aufgefunden wurden.

Berlin. Ueber die heute 11 Uhr 40 Min. von Kissingen erfolgte Abreise des Fürsten Bismarck wird gemeldet: Das Wetter hatte sich prächtig aufgehellt. Die Villen auf dem Wege nach dem Bahnhofe und auf den umliegenden Höhen hatten geflaggt. Ganz Kissingen war auf den Beinen. Der Bahnhof war, entgegen der anfänglichen Absicht, nicht abgesperrt. Was noch an Fremden in Kissingen sich aufhielt, war auf dem Perron versammelt, dazu kam die Kissinger Einwohnerschaft, besonders viel Damen, sowie Mitglieder der Behörden und bayerische Offiziere. Kurz vor Abgang des Zuges fuhr der Fürst mit dem Prof. Schweninger am Bahnhofe vor und stieg sodann die fünf Stufen zu dem Perron, von Prof. Schweninger nur leise gestützt, empor. Fürst Bismarck trug einen schwarzen Wintermantel, dünnes weißes Halstuch und Schlapphut. Das Gesicht ist vielleicht etwas magerer und der Gang ein wenig schwächer, sonst nicht die geringste Veränderung bemerkbar. Der Fürst ging durch die hochrufende Menge ohne Stütze bis zum Salonwagen, der mit Laubgewinden und schwarz-weiß-rothen Bändern geschmückt war. Im Wagen, in den die Fürstin, Prof. Schweninger, Dr. Chrysander und zwei Diener folgten, nahm er sogleich auf einem Lehnstuhl Platz, erhob sich aber, da auf dem Perron Rufe „Wiedersehen" andauernd ertönten, und trat dann an das geöffnete Fenster, wo er lächelnd und nickend den Hut zog und bis zum Abgange des Zuges blieb. Der Salonwagen ward in Göttingen in den fahrplanmäßigen Zug eingereiht. Der Fürst äußerte zu seiner Umgebung, er gedenke diesen Winter Friedrichsruh nicht zu verlassen.

Berlin. Zu der Drohung jüdischer Borstenhändler, die Leipziger Messe nicht mehr zu besuchen, wenn das Verbot des Schächtens in Sachsen nicht aufgehoben werde, bemerkt die „Kreuzztg.": Nachdem auf das stille Andrängen jüdischer Hintermänner die Konkurrenz gegen das antisemitisch angehauchte Leipzig, bereits eine Art Berliner Messe in's Leben gerufen, läßt sich keinen Augenblick daran zweifeln, daß die jüdische Drohung ernsthaft genommen werden muß und ausgeführt werden kann, denn an die Zurücknahme des sächsischen Schächtverbotes auf die Drohung hin ist nicht zu denken. Das wäre eine Kapitulation des christlich-germanischen Staates vor einer internationalen Handelsjudentruppe, eine Maßnahme, deren bloße Möglichkeit bereits das Ansehen deutscher Staatsgewalt zu schädigen geeignet ist. Nein, daran darf nicht gedacht werden, wohl aber ist in Erwägung zu ziehen, was zu geschehen hat, um jener jüdischen Drohung nach Gebühr zu begegnen, und dazu giebt es nur ein einziges Mittel, aber ein wirksames, zeitgemäßes und zweckentsprechendes und zugleich ein solches, welches dem deutschen Volke wie der gesammten Kulturwelt ein Zeugniß dafür sein wird, daß Deutschland bis zur Stunde ein christliches Staatswesen geblieben ist und daß es noch nicht unter dem Banne jüdischer Geheimherrschaft steht. Dieses Mittel aber wäre ein Verbot des Schächtens von Reichs wegen. — Die Lombarden-Rückzahlung bei der Reichsbank hat in den jüngsten Tagen einen derartigen Umfang angenommen, daß die Reichsbank bereits wieder eine steuerfreie Notenreserve besitzt.

Gotha. Die hiesige Strafkammer verurtheilte den Redakteur des freisinnigen „Gothaischen Tagebl.", Bosbardt, wegen Beamtenbeleidigung, begangen durch eine Artikelserie über angebliche Mißstände in der Gefangenenanstalt zu Ichtershausen, zu 3 Monaten Gefängniß.

Berlin. In der nächsten Woche treten Delegirte aus dem Reichsamt des Innern und dem preußischen Handelsministerium zusammen, um die Ergebnisse der kürzlich stattgefundenen Erhebungen betreffend die Ausnahmebestimmungen über die Sonntagsruhe in der Montan-Industrie zu berathen und sich über eventuelle, dem Bundesrath zu machende Vorschläge schlüssig zu machen. Nach offiziöser Angabe wird eine reichsgesetzliche Regelung des Kontraktbruches der ländlichen Arbeiter erwogen. — Zu den ersten Vorlagen, die in der neuen Reichstagssession eingehen werden, wird die Novelle zum Unterstützungswohnsitzgesetz gehören. — Auf einer Wiese bei Berlin wurde heute früh ein Knecht todt aufgefunden. Die ursprüngliche Annahme, daß ein Mord vorliege, scheint sich nicht zu bestätigen. Die Kriminalpolizei glaubt, daß der Mann bei einer Schlägerei um's Leben gekommen ist.

Straßburg i. E. Die Weinernte in Elsaß-Lothringen übertrifft bei vorzüglicher Qualität die erwartete Menge theilweise bedeutend. Das Quantum wird auf mindestens 2 Millionen Hektoliter geschätzt, der Werth auf mindestens 70 Millionen Mark.

Breslau. Der Vicefeldwebel Thiem vom 10. Grenadier-Regiment, welcher in der Neujahrsnacht 1891 seine Geliebte, eine Näherin, ermordet hatte und deshalb vom Kriegsgerichte zum Tode verurtheilt worden war, ist heute früh hier hingerichtet worden. Anwesend war ein Kommando Infanterie.

Kassel. Der Oberbürgermeister Rang aus Fulda, welcher der Bezirksausschußsitzung halber hier weilte, wurde beim Aussteigen aus dem Pferdebahnwagen vom Schlag getroffen und blieb auf der Stelle todt.

Paris. Durch ein Cirkular des Ministers der öffentlichen Arbeiten werden die Eisenbahngesellschaften aufgefordert, ausländische Scheidemünzen bei Zahlungen nach Möglichkeit zurückzuweisen.

Bern. Die Kommission, welche den Entwurf eines eidgenössischen Strafgesetzbuches vorberieth, lehnte mit allen gegen 2 Stimmen die Aufnahme der Todesstrafe ab. Die Kommission empfiehlt dem Bundesrath, bei der Volksabstimmung besonders über die Frage der Todesstrafe abstimmen zu lassen. — Auf der Pariser Münzkonferenz am 9. Oktober wird Frankreich, wie verlautet, die Naturalisirung der Silberscheidemünzen vorschlagen.

Petersburg. Die Großfürstin Alexandra Jossifowna eröffnete mit kaiserlicher Genehmigung eine Subskription zum Besten der Hinterbliebenen der auf der „Russalka" verunglückten Seeleute. — Dem „Grashdanin" zufolge ist zur Theilnahme an der deutsch-russischen Zollkonferenz noch der Revisor des Zolldepartements Iwanow nach Berlin entsendet worden.

Petersburg. In Havre und Rouen werden russische Generalkonsulate errichtet. Das Konsulat in Cherbourg wird von einem Vicekonsulat in ein wirkliches Konsulat verwandelt, im Hinblick auf die Wichtigkeit, welche dieser Platz für die russischen Kriegsschiffe hat. Die Konsulate in Villafranca und Mentone werden dagegen aufgehoben.

Pfund's sterilisirte (keimfreie) Kindermilch. Trockenfütterung.
Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautznerstr. 79.

SLUB
Wir führen Wissen.